



*Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand*

Information

Nr. 2 / 2016

Beiträge zur Zeitgeschichte

*Zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-
deutschlands auf die Sowjetunion*

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Juni 2016

Statt eines Vorwortes

Der heilige Krieg

Wassili Lebedew-Kumatsch

Zwei Tage nach dem Überfall der Hitlertruppen auf die Sowjetunion, am 24. Juni 1941, wurde in der „Iswestija“ dieses Gedicht von Wassili Lebedew-Kumatsch abgedruckt (deutsche Fassung: Stephan Hermlin). Einen Tag später begann der Künstlerische Leiter des Lied- und Tanzensembles der Roten Armee, der Komponist Alexander Alexandrow, mit seinem Chor das von ihm geschaffene Lied einzustudieren, das zum künstlerischen Sinnbild der ganzen vier Kriegsjahre wurde.

Steh auf, steh auf, du Riesenland!
Heraus zur großen Schlacht!
Den Nazihorden Widerstand!
Tod der Faschistenmacht!

Es breche über sie der Zorn
wie finstre Flut herein.
Das soll der Krieg des Volkes,
der Krieg der Menschheit sein.

Den Würgern bieten wir die Stirn,
den Mördern der Ideen.
Die Peiniger und Plünderer,
sie müssen untergehn.

Die schwarze Schwinge schatte nicht mehr
uns überm Heimatland.
Und nicht zertrete mehr der Feind
uns Feld und Flur und Strand

Wir sorgen dafür, daß der Brut
die letzte Stunde schlägt.
Den Henkern ein- für allemal
das Handwerk jetzt gelegt!

Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 6.Oktober 1941

(Zitiert nach RotFuchs Nr. 221 vom Juni 2016)

Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubruchigen Überfall auf die Sowjetunion das allerschwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das größte Unglück über Deutschland heraufbeschworen ...

Deutsche Arbeiter! Ist es denn keine Schande für euch, daß ihr Hitler nicht daran hindert, den Krieg gegen den einzigen sozialistischen Staat der Welt zu führen, daß ihr in den Betrieben die Waffen gegen das Land schmiedet, in dem die Arbeiter und Bauern die Herren sind? Begreift ihr nicht, daß ihr damit die Ketten einer noch ärgeren Knechtschaft für euch selbst schmiedet? ...

Den unerbittlich herannahenden Untergang fühlend und Deutschland in immer neue Abenteuer zerrend, versucht Hitler das deutsche Volk mit der lügnerischen Behauptung an sich zu ketten, daß seine, das heißt Hitlers Niederlage die Katastrophe für Deutschland wäre. Die Geschichte lehrt aber, daß Völker noch niemals durch den Sturz verbrecherischer Regierungen zugrunde gingen! Im Gegenteil! Der Sturz solcher Regierungen hatte stets die Erneuerung und einen materiellen und geistigen Aufschwung des Volkes zur Folge.

Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Der Krieg wird so lange dauern, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren. Und wehe unserem Volke, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet, wenn wir Deutschen nicht selbst Ordnung in Deutschland schaffen, sondern es anderen Völkern überlassen, Europa von der faschistischen Pest zu säubern.

Die Stunde hat geschlagen, da unser Volk die Geschicke Deutschlands in die eigenen Hände nehmen muß, den Krieg beenden und einen ehrenhaften Frieden erzwingen muß. Wir wenden uns an alle Deutschen, die nicht mehr die Unbilden des Krieges ertragen können, an die Soldaten an der Front, an ihre Familien, an die Arbeiter, Bauern und alle Bürger im Hinterland und rufen ihnen zu: Kämpft für die Beendigung des Krieges! Kämpft für die Rettung Deutschlands! Hitler – das ist Krieg ohne Ende. Der Weg Hitlers führt zur Vernichtung des Volkes, zum Untergang des Landes, zur Katastrophe. Dieser Weg ist nicht der Weg des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk hat einen anderen, seinen Weg. Dieser Weg führt über die Befreiung des deutschen Volkes vom Unterdrückungsregime Hitlers über die Erkämpfung eines solchen Deutschlands, das endlich in Frieden leben kann und zur Verkörperung des wahren Volkswillens wird. Das wird ein Deutschland ohne Herrschaft der plutokratischen und faschistischen Räuber sein, ein Deutschland, in dem unser ehrliches, arbeitsames Volk herrschen wird. Das wird ein Deutschland sein, in dem es keine Arbeitslosigkeit gibt, in dem das Recht auf Arbeit garantiert ist, in dem der Bauer frei über die Produkte seiner Arbeit verfügen kann. Das wird ein Deutschland sein, wo mit der faschistischen Barbarei Schluß gemacht wurde. Ein Deutschland, in dem nicht der Reichtum und die Herkunft die gesellschaftliche Stellung der Menschen bestimmen. Das wird ein Deutschland sein, frei von dem schreienden Gegensatz zwischen dem Reichtum der einen und der schrecklichen Not der anderen. Das wird ein ganzes, unabhängiges und gleichberechtigtes Deutschland sein, das in Frieden mit allen Völkern lebt.

Arbeiter, Bauern und Bürger! Kämpft für ein solches Deutschland! Die Errichtung eines solchen Deutschlands wird der wahre und größte Sieg des deutschen Volkes in diesem Kriege sein ...

Zum 75. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion

Prof. Dr. Anton Latzo

Wortbrüchig und ohne vorherige Kriegserklärung überfiel vor 75 Jahren (22. Juni 1941) das faschistische Deutschland die Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt tobte in der Welt schon fast zwei Jahre ein Krieg zwischen den beiden imperialistischen Machtgruppen. Der Überfall, den die Sowjetunion mit dem Großen Vaterländischen Krieg beantwortete, war wichtigster Bestandteil des 2. Weltkrieges. Sein Verlauf und Ausgang bestimmten wesentlich den Charakter der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Völker und die Perspektiven des Friedens.

Ursachen

Der zweite Weltkrieg entsprang, wie der erste, dem System des Kapitalismus und der ihm eigenen Widersprüche. Die Neuaufteilung der Welt zugunsten der von den USA, England und Frankreich geführten Mächtegruppierung, die aus dem ersten Weltkrieg als Sieger hervorgegangen war, beseitigte nicht die Widersprüche, die zum ersten Weltkrieg geführt haben. Sie schuf vielmehr alle Bedingungen für die weitere Verschärfung der Widersprüche und für neue Zusammenstöße.

Die Krise des Kapitalismus, die sich nach dem ersten Weltkrieg und der sozialistischen Oktoberrevolution entwickelte, vertiefte alle inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems.

Besonders scharfe Widersprüche traten zwischen den alten und den jüngeren imperialistischen Mächten auf, die sich infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus nach vorn schoben, sowie zwischen den Siegerstaaten und den besiegten Ländern, die nach Revanche strebten.

Zwischen den beiden imperialistischen Mächtegruppierungen entbrannte der Kampf um die Weltherrschaft, der immer schärfere Formen annahm. Wie vor dem ersten Weltkrieg wurde der Kampf besonders aggressiv von deutschen Imperialismus geführt.

Die Existenz und die Entwicklung des ersten sozialistischen Staates der Welt, der Sowjetunion, waren der neue und entscheidende Faktor, durch den sich die Situation und die Bedingungen der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges von denen des ersten grundlegend unterschieden. Neben den Widersprüchen, die die Imperialisten trennten, gab es auch daraus resultierende Elemente, die sie zusammenführten. Das war vor allem der grundlegende Widerspruch zwischen den beiden sozialökonomischen Systemen, dem Kapitalismus und dem Sozialismus, der Kampf gegen den Sozialismus.

Der deutsche Imperialismus bereitete den Überfall auf die Sowjetunion langfristig vor. Besonders intensiv geschah das nach der Machtergreifung durch den Faschismus. Unter Ausnutzung der großzügigen Hilfe amerikanischer und britischer Monopole und der von den bürgerlichen Regierungen der westlichen Länder betriebenen Politik der Beschwichtigung und der Begünstigung einer deutschen Aggression gegen die UdSSR konnte das faschistische Deutschland ein gewaltiges militärisch-ökonomisches Potenzial schaffen aus dem die genannten Monopole riesige Gewinne zogen.

So wurde der zweite Weltkrieg durch die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus geboren und entstand innerhalb dieses Systems. Das Monopolkapital, dessen natürliche Wirkungsmöglichkei-

ten und Instrumentarien zur Sicherung von Profit und Herrschaft im Imperialismus in ihrer Wirksamkeit nachlassen, bringt den Faschismus hervor und setzt ihn ein, um seine innen- und außenpolitischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Die faschistische Ideologie und Politik erwachsen aus den materiellen Grundlagen des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Der Faschismus erweist sich mit seiner autoritären, antidemokratischen und menschenfeindlichen Grundstruktur als geeignetes Mittel zur Durchsetzung der reaktionären und expansiven Ziele des Imperialismus.

Militärische Kräfte

Die Faschisten setzten fast die ganze Kraft der imperialistischen deutschen Kriegsmaschinerie und außerdem die Streitkräfte der Satelliten des faschistischen Deutschlands (Finnland, Horthy Ungarns, des bürgerlich-feudalen Rumäniens und später auch des faschistischen Italiens) gegen die Sowjetunion ein.

Zum Zeitpunkt des Überfalls auf die UdSSR verfügte das faschistische Deutschland über eine 8,5 Millionen Mann starke Armee. Die deutsche Wehrmacht besaß 214 Divisionen und 7 Brigaden, über zehntausend Flugzeuge, eine starke Kriegsmarine.

Über eine Million Soldaten zählten die Armeen der Verbündeten Deutschlands, Rumäniens, Finnlands und Ungarns. Hinzu kam Italien mit seinen Kräften. Diese „Verbündeten“ haben dutzende ihrer Divisionen unter den Befehl des deutschen Oberkommandos gestellt. An den westlichen Grenzen der Sowjetunion wurden so 190 Divisionen entfaltet, über 4000 Panzer und etwa 5000 Flugzeuge konzentriert. Die Invasionskräfte waren 5,5 Millionen Mann stark.

Die deutsche Regierung ging bereits im Jahre 1940 zu einer umfassenden Truppenkonzentrierung an den sowjetischen Grenzen über. Am 1. Juni 1941 war diese Aktion im wesentlichen abgeschlossen.

Für die Rote Armee war so ein ungünstiges militärisches Kräfteverhältnis entstanden. Im Bereich der grenznahen Militärbezirke und Flotten verfügten die sowjetischen Truppen über 2,9 Millionen Mann, 1540 Flugzeuge neuer Bauart und zahlreiche Flugzeuge alter Modelle, etwa 35 000 Geschütze und Granatwerfer, 1800 schwere und mittlere Panzer (davon zwei Drittel neue Modelle) und zahlreiche leichte Panzer älterer Bauart. Insgesamt betrug das Übergewicht des faschistischen Gegners gegenüber der Sowjetunion: an Truppen das 1,8fache, an mittleren Panzern das 1,5fache, an modernen Flugzeugen das 3,2fache und an Geschützen und Granatwerfern das 1,25fache.

Für die sowjetische Regierung und für die Führung der sowjetischen Streitkräfte waren die aggressiven Pläne des Faschisten und ihre Absicht, die Sowjetunion zu überfallen, offensichtlich. Die Bestimmung des Zeitpunktes für diesen Überfall beruhte jedoch auf einer Fehleinschätzung. J.W. Stalin war fälschlicherweise der Auffassung, dass die deutsche Führung sich nicht in absehbarer Zeit entschließen würde, den zwischen Deutschland und der UdSSR 1939 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag zu verletzen, wenn es dafür keinen Vorwand habe.

Die sowjetische Regierung versuchte den Überfall Deutschlands auf die UdSSR mit diplomatischen Mitteln zu erschweren. Noch am Abend des 21. Juni 1941 (21 Uhr 30 Minuten) versuchte sie Gespräche mit der deutschen Regierung anzuknüpfen. Molotow traf sich mit dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, und informierte ihn u.a. über den Inhalt einer sowjetischen Note wegen der zahlreichen Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge. Nur wenige Stunden später drangen die faschistischen Streitkräfte in die Sowjetunion ein.

Ziele

Die deutschen Imperialisten und faschistischen Machthaber spekulierten schon in den 1920er Jahren auf die antisowjetische und antikommunistische Einstellung und auf die antisowjetischen Pläne der herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs. Sie nutzten den Antikommunismus und Antisowjetismus, um von ihren Konkurrenten Kredite, technische Erkennt-

nisse, Rohstoffe und strategische Materialien zu bekommen, restriktive militärische Auflagen nach dem 1. Weltkrieg aufzuheben und Unterstützung auf diplomatischer Ebene zu erhalten.

Dieses Verhalten der internationalen imperialistischen Kreise förderte jene Kräfte in Deutschland, die die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung politischer und ideologischer Zustände förderten, die eine Politik des Revanchismus und des Strebens des deutschen Imperialismus nach Weltherrschaft ermöglichten. Die antisowjetischen Ziele waren gemeinsame Ziele des internationalen Imperialismus mit den deutschen Imperialisten. In der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland sahen sie den für sie erstrebenswerten Weg.

Im Krieg gegen die UdSSR stellte sich die faschistische deutsche Führung das Ziel, die soziale und politische Ordnung des Sowjetlandes zu beseitigen, den sowjetischen Staat zu zerschlagen, die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederherzustellen, die staatliche Selbständigkeit der Völker der Sowjetunion zu beseitigen, sie zu Sklaven der deutschen Herrenmenschen zu machen sowie die Reichtümer der UdSSR an sich zu reißen.

Am 30. März 1941 erklärte Hitler laut Tagebuch Halders (Eintragung vom 30. März 1941) als er die Ziele und Pläne des Krieges gegen die UdSSR darlegte: „Unsere Aufgaben hinsichtlich Russlands: die Streitkräfte zerschlagen, den Staat vernichten. Der Krieg gegen Russland ist ein Kampf zweier Ideologien. Tod dem Bolschewismus, der gleichbedeutend ist mit einem sozialen Verbrechen. Unsere Aufgabe ist der Vernichtungskrieg. Unsere erstrangige Aufgabe ist die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. Die neuen Staaten werden keine eigene Intelligenz haben. Man darf nicht zulassen, dass eine neue Intelligenz entsteht.“

Die deutschen Imperialisten betrachteten die Zerschlagung der Sowjetunion als eine äußerst wichtige Etappe auf dem Weg zur Eroberung der Weltherrschaft. Die Rassentheorien hatten die Aufgabe, die Vorbereitung des Raubkrieges durch den deutschen Imperialismus zu begründen. Ihre Weltherrschaftsansprüche erklärten die faschistischen Strategen mit der von den Ideologen des Imperialismus und der Reaktion erfundenen Geopolitik.

Auf der Grundlage der Geopolitik und der Rassentheorie beruhte auch die Lebensraumtheorie, die in der faschistischen Propaganda eine wichtige Rolle spielte.

So entstand im Zentrum Europas der gefährlicher Brandherd, der zum Hauptherd des zweiten Weltkrieges wurde.

Lehren

Der zweite Weltkrieg erfasste nahezu alle Länder der Erde. Die Hauptlast des erbitterten Kampfes gegen das faschistische Deutschland trug jedoch das Sowjetvolk, trugen seine Streitkräfte und seine im Rücken des Feindes kämpfenden Partisanen. Seine Verluste an Menschen und Material waren unermesslich.

Bürgerliche Historiker, Politologen und führende Politiker der Gegenwart bemühen sich auch heute immer wider, die Rolle der Sowjetunion zu entstellen. Sie versuchen zugleich die Ideologie und Politik des Imperialismus, besonders des deutschen Imperialismus, die zum zweiten Weltkrieg und zum Überfall auf die Sowjetunion führten, so zu interpretieren, dass sie dem aktuellen politischen Auftrag an die heute Regierenden dienlich ist und das Wesen des deutschen Imperialismus und seiner Politik im Dunkeln verschwinden lässt. In diesem Sinne wird nicht nur Politik beurteilt, sondern verstärkt das Denken breiter Kreise der Bevölkerung beeinflusst und NATO-Truppen, zu denen auch die Bundeswehr gehört, vertragswidrig in Osteuropa vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer stationiert

Es ist nicht zu übersehen, dass wesentliche Elemente der Lebensraumtheorie und der Geopolitik erneut in der „wissenschaftlichen“ Diskussion, in den Denkfabriken für die außen- und Sicherheitsstrategie des deutschen Imperialismus, in den Medien und sogar in den Planungen und Grundlagendokumenten (Weißbuch der Bundeswehr) zur Entwicklung der außenpolitischen und Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen.

Über aktuelle Fragen

Auszüge aus einem Vortrag von Egon Krenz am 4. Juni 2016 in Berlin

Liebe Anwesende,

zu allererst kommt mir die Frage in den Sinn, wie kann man sich in dieser durcheinandergeratene Welt - in der jeden Tag wichtige und unwichtige, wahre und unwahre Nachrichten - oft ein Gemisch aus Wahrheiten, Halbwahrheiten und Lügen - verbreitet werden, wie kann man sich in dieser von Kriegen und Krisen betroffenen Welt überhaupt noch zurechtfinden?

Um hinter die Kulissen der Politik schauen zu können, gewissermaßen einen Orientierungspunkt für politisches Handeln zu besitzen, habe ich mir seit langem so eine Art Faustregel gesucht.

Lenin hat sie schon vor über 100 Jahren formuliert:

„Die Menschen waren in der Politik“, schreibt er, „stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“¹

Das heißt, die uralte Frage der Menschheit ist heute aktueller denn je: Wem dient etwas? Wem nützt es?

In diesem Zusammenhang versuche ich schon seit Jahren herauszufinden, ab welchem Zeitpunkt führt die ganze sogenannte westliche Wertegemeinschaft (NATO und EU) einen konzentrierten politischen, ökonomischen und moralischen Kampf gegen Russland und namentlich gegen Putin, gewissermaßen als die vermeintliche Inkarnation des Bösen auf der Welt?

Das ist wesentlich älter und komplexer als der Krimkonflikt. Es hat weder etwas mit der Krim noch mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine zu tun. Putin hat in zwei strategischen Reden – eine vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 und die andere vor der Münchener Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2007 – die Zusammenarbeit seines Landes mit Deutschland zum gegenseitigen Vorteil angemahnt und die Ausdehnung der NATO nach Osten kritisiert. Die zunächst rhetorischen Attacken der NATO gegen Russland begannen als das Land nach den Jahren der Demütigung in Folge der Zerschlagung der UdSSR wieder berechnete nationale Interessen anmeldete.

Putin hat den Untergang der UdSSR als globalpolitische Katastrophe bezeichnet. Das ist aus Sicht des Westens seine „eigentliche Sünde“, denn in diesem Zusammenhang verbreitete er die Botschaft: Das Land nimmt weitere Erniedrigungen nicht hin.

Wie sehr das die USA schmerzt, erkennt man an Obamas Reaktion, der Russland bewusst erniedrigend eine „Regionalmacht“ nannte.

Das Wort von der globalpolitischen Katastrophe fiel zeitgleich mit der Anklage des Oligarchen Chodorkowski. Und diese Botschaft hieß: Schluss mit dem Ausverkauf russischen National Eigentums an die USA.

Zurückliegende geschichtliche Ereignisse können auf diese Art und Weise zu Daten der aktuellen Politik werden.

1

Lenin. Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, 1913, Werke, Band 19, Dietz-Verlag, Berlin 1977, S. 3.

Ein solches ist der 22. Juni 1941, der Tag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, der sich in knapp drei Wochen zum 75. Mal jährt.

Ich habe diesen Tag während meines Studiums in Moskau 4-mal in direkter Wohngemeinschaft mit sowjetischen Menschen verbracht.

Obwohl ich nicht mehr zu einer Generation gehöre, die persönlich für die Verbrechen des deutschen Faschismus verantwortlich ist, habe ich mich immer geschämt, zu welchen Untaten Deutsche fähig waren.

Ich konnte in Moskau ganz persönlich nachempfunden, dass mit dem Aufruf zum Heiligen Krieg des Sowjetvolkes gegen die faschistischen Eindringlinge immer auch ein patriotisches Versprechen der sowjetischen Bürger verbunden war:

Nie wieder – so ihr Schwur - soll es irgendwelchen Aggressoren gelingen, so nahe der eigenen Landesgrenze zu stehen, wie damals die Deutschen.

Diese Überlegung spielte 1945 eine Rolle, als mit dem Kriegsende die erste westliche strategische Verteidigungslinie der sowjetischen Armee von der eigenen Staatsgrenze weg an die Oder und Neiße gelegt wurde.

Sie war präsent, als nach der Ablehnung der sowjetischen Note zur deutschen Einheit im März 1952 durch die drei Westmächte und die Bundesrepublik diese Grenze von der Oder und Neiße an die Elbe und Werra vorverlegt und militärisch ausgebaut wurde.

Und sie war gegenwärtig, als 1955 und 1961 aus der ersten strategischen sowjetischen Verteidigungslinie zusätzlich die Außengrenze des Warschauer Vertrages zur NATO stark militärisch gesichert wurde.

Ja, sie war selbst bei den unrealistischen Träumen Gorbatschows vom sogenannten „Neuen Denken“ dabei.

Er hatte zwar verinnerlicht, dass sein Land keinen Krieg will, aber sein Vertrauen in die USA, die Bundesrepublik und die NATO als Ganzes war angesichts deren Politik lebensfremd. Die NATO dachte zu keinem Zeitpunkt daran, neu zu denken. Und sie denkt bis heute nicht daran. Als Gorbatschow Ende November 1989 auf stürmischer See vor Malta einseitig den Kalten Krieg für beendet erklärte, lachte sich Bush. sen. ins Fäustchen und meinte, die USA wären die Sieger und die UdSSR wären die Verlierer des Kalten Krieges. Damit begann eine neue Etappe der Demütigung der UdSSR, die für ihre Anstrengungen zur weltweiten Entspannung nicht belohnt wurde.

Das war nun ein solcher Betrug und Selbstbetrug, wie Lenin es nennt, der bis heute zu dem Irrtum führt, die Welt sei angeblich frei vom Kalten Krieg.

Wahr jedoch ist, dass zwar die Systemauseinandersetzung in Europa zu Ende ging, weil hier der Sozialismus in die Knie gezwungen wurde.

Nicht zu Ende jedoch war das Weltmachtstreben der USA, eine der wichtigsten Ursachen dafür, dass aus dem Kalten Krieg heiße Kriege werden konnten und der Kalte Krieg bis heute andauert. Die NATO zog 1990 den Träumer Gorbatschow über den Tisch, versprach ihm, in den alten Bündnis-Grenzen zu bleiben, um dieses Versprechen hinter seinem Rücken umgehend zu brechen.

Gorbatschow wurde für viele Landsleute eine Tragödie und - wie nicht wenige Russen heute meinen - Jelzin eine Schande.

Der Westen hatte sich aber an beide gewöhnt. Sie waren seine bequemen Verhandlungspartner, die es mit russischen Interessen nicht so genau nahmen. Das gefiel dem Westen.

Dass die heute Herrschenden Gorbatschow für seinen Beitrag zur deutschen Einheit hofieren, verdeckt doch eigentlich ein globalpolitisches Problem:

Gorbatschows Politik hat zur Zerschlagung der Sowjetunion von oben und damit zu jener Unsicherheit beigetragen, die wir in der gegenwärtigen Welt als bisher größte Gefahr für den Frieden erleben.

Der Warschauer Vertrag wurde aufgelöst, seine Mitglieder bildeten keine neutrale Zone in Europa, sondern wurden Partei. Inzwischen sind sie alle Mitglieder der NATO. Ein Vorgang, der in

der Welt wohl einmalig war. Nicht beide Militärblöcke, sondern nur einer wurde aufgelöst. Und die gerade bündnislos geworden waren, wurden in Richtung des Mutterlandes des aufgelösten Bündnisses postiert.

Die USA und ihre Verbündeten stehen heute entlang der Grenzen Russlands, schicken nach eigenem Gutdünken militärische Einheiten dorthin, umzingeln das Land, sind nun dort, wo es die sowjetischen Menschen seit jenem 22. Juni 1941 auf jeden Fall verhindern wollten.

Das hätte die NATO mit einem heißen Krieg niemals erreicht.

Wenn man so will, sind durch diese Politik wichtige Ergebnisse des Sieges der Sowjetunion über Hitler-Deutschland rückgängig gemacht worden.

Die deutsche Einheit ist dabei für die USA eigentlich nur ein Nebenprodukt. Letztlich konnten sie auf diese Art und Weise russische, damals noch sowjetische, Truppen aus Mitteleuropa verdrängen und ihre eigenen Positionen stärken.

Nun wehrt sich Russland. In der Propagandasprache der NATO heißt das, Russland sei eine Bedrohung. Russland sei aggressiv. Doch, bevor die Krim wieder zu Russland kam, hatte die EU die Ukraine in antirussische Stellung gebracht. Die Rhetorik der NATO ist die gleiche wie sie es vor 1990 war.

Mich beunruhigt zutiefst, dass selbst das nahende Jubiläum des 22. Juni 1941 bei den meisten Spitzenpolitikern hierzulande und bei der NATO nicht zu einem konstruktiven Nachdenken über Russland und seine Menschen führt. Mehr noch: Die bevorstehende NATO-Ratstagung verschärft den Kurs. Deutschland bildet gar eine Sperrspitze der NATO in der Nachbarschaft zu Russland.

Medien melden zudem, dass die Bundesregierung sogar noch in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum 75. Jahrestag des Überfalls beabsichtigt, ein neues Weißbuch über ihre Sicherheitspolitik zu veröffentlichen. Darin soll die Behauptung enthalten sein, dass Russland für Deutschland kein Partner mehr sein kann, weil es angeblich die europäische Friedensordnung in Frage stelle. Das wäre dann wirklich der Gipfel der Tatsachenverdrehung.

So wird Russland weiter provoziert. So sind Spannungen vorprogrammiert. Es steht die Frage im Raum:

Wohin soll das führen?

Dies umso mehr, weil auch deutsche Politiker Öl ins Feuer gießen. Herr Gauck zum Beispiel reiste vor zwei Jahren zum Jubiläum des Beginns des Zweiten Weltkriegs nach Polen und übte sich dort in antirussischer Rhetorik. So ganz nebenbei „vergaß“ er zu erwähnen, dass dieser Krieg 28 Millionen Sowjetbürgern das Leben gekostet hatte. Er relativiert deutsche Schuld, indem er suggeriert, es gäbe zwei Schuldige des Zweiten Weltkrieges, Hitler und Stalin.

Die Bundeskanzlerin vergriff sich anlässlich des „Tages des Sieges“ 2015 in Moskau erheblich im Ton, als sie während ihres Moskauer Besuches von einer „verbrecherischen Politik“ Russlands sprach.

Es mag vielleicht sein, dass dies einst aus dem Gedächtnis von Diplomaten gestrichen werden kann, nicht aber aus dem des russischen Volkes, das für solche Kränkungen besonders wegen seiner leidvollen Geschichte empfindlich ist.

Dass Obama bei seinem Besuch in Hannover Angela Merkel aufforderte, deutsche Truppen ins Baltikum zu schicken, hat mir den Atem verschlagen.

Deutsche Truppen an Russlands Grenzen – und das 75 Jahre nach jenem 22. Juni 1941 – so etwas übersteigt mein Verständnis.

Ich hätte mir eine deutsche und keine amerikanische Antwort der Bundeskanzlerin auf das Begehren Obamas gewünscht.

Wie eine deutsche Antwort hätte aussehen können, dafür gibt es sogar ein Beispiel - eins aus der DDR.

Diese Antwort trägt Ulbrichts Namen. Als die Truppen des Warschauer Vertrages 1968 in die CSSR einmarschierten – wie immer man dazu stehen mag – DDR-Truppen waren nicht dabei. Und das deshalb, weil die DDR Lehren aus der Geschichte beherzigte.

Ulbricht hat in einem langen Telefonat gerade wegen der unheilvollen deutschen Vergangenheit in der Tschechoslowakei mit Breschnew vereinbart, dass sich die NVA an der Aktion nicht beteiligt. ...

Das zu wissen ist gut auch im Kontext zu folgender aktuellen Meldung:

„Am 6. Juni 2016 wird in Warschau das NATO-Großmanöver „Anakonda 2016“ feierlich eröffnet worden. Rund 31.000 Soldaten aus 24 Ländern üben kurz vor dem NATO-Gipfel 2016 den "Ernstfall". Die Manöver werden bis zum 17. Juni andauern und gelten als die größte Militärübung auf polnischem Boden seit drei Jahrzehnten. Gleichzeitig startet das NATO-Großmanöver „Saber Strike“, bei denen die NATO die Verlegung von Gerät und Personal über Deutschland ins Baltikum trainiert“.

Wie gesagt, bis zum 75. Jahrestag des Überfalls faschistischer Truppen Deutschlands auf die Sowjetunion sind nur noch wenige Tage. Auch eine Art Symbolpolitik. Jeder, der Sinn für Geschichte hat, möge sich darüber seine eigenen Gedanken machen.

Am 22. Juni jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem die Wehrmacht Hitlerdeutschlands die Sowjetunion überfiel. In diesem erbarmungslosen Vernichtungskrieg kamen über 27 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger ums Leben. An diesem Tag wird es in Deutschland Gedenkveranstaltungen und auf Initiative der Bundestagsfraktion DIE LINKE auch eine Debatte im Bundestag dazu geben. Was die Bundesregierung zu diesem Gedenktag denkt, wird nicht zuletzt in ihrer **Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN** deutlich.

André Hahn, Mitglied der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe: „Dieser Tag ist ebenso Anlass, um nachdrücklich gegen die derzeitige Kriegsrhetorik der NATO, ihre Truppenaufmärsche und Aufrüstungen an der Grenze zu Russland zu protestieren. Wir brauchen den Dialog der Politik und der Zivilgesellschaft, mehr Jugendaustausche, eine Modernisierungspartnerschaft, die den Namen verdient und keine Wirtschaftssanktionen, unter denen die Bevölkerung und die Unternehmen in Russland wie in Deutschland leiden.“

Deutscher Bundestag

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 23. Mai 2016 übermittelt. Drucksache 18/8532 18. Wahlperiode 25.05.2016

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/8213 –

Gedenken der Bundesregierung an 75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 22. Juni 2016 jährt sich der Angriff Nazideutschlands auf die Sowjetunion zum 75. Mal. Der Überfall des faschistischen Deutschlands war die größte geschichtliche Katastrophe im 20. Jahrhundert. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion begann auch die entscheidende Phase im Plan der Nazis, „das Judenproblem zu lösen“ (www.yadvashem.org/yv/de/holocaust/about/04/ussr.asp). Es gibt viel Anlass, die Erinnerung daran lebendig zu halten; gerade wenn man es ernst meint mit der Schlussfolgerung nach der Befreiung 1945: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

Das Deutsche Historische Museum in Berlin ordnet den Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wie folgt ein: „Die Nationalsozialisten gingen von der sozialdarwinistischen Vorstellung eines naturgegebenen ‚Kampfes um das Dasein‘ der Völker und Rassen aus. Die Sowjetunion galt als Träger des ‚jüdi-

schen Bolschewismus‘ und als eine unmittelbare Bedrohung für das Deutsche Reich. Aus nationalsozialistischer Sicht war der Kampf der überlegenen ‚arischen Rasse‘ gegen die sowjetischen ‚Untermenschen‘ unausweichlich. [...] Der Feldzug im Osten war von Beginn an als ideologischer Weltanschauungs- und rassebiologischer Vernichtungskrieg konzipiert. Im Vordergrund standen die Eroberung von ‚Lebensraum‘ sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete und der dort lebenden Menschen als Zwangsarbeiter. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der sowjetischen Führungsschicht war von Anfang an vorgesehen. Zudem ordnete der ‚Kommissarbefehl‘ vom 6. Juni 1941 die sofortige Liquidierung von gefangenen kommunistischen Kommissaren der Roten Armee an“ (www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941.html).

Der Historiker Dr. Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München ordnet den Überfall auf die Sowjetunion als Anfang vom Ende des faschistischen deutschen Regimes ein: „Mehr als anderthalb Jahre lang sah es so aus, als seien die Deutschen unbesiegbar. Die Wehrmacht überrannte 1939 Polen, 1940 eroberte sie Dänemark und Norwegen und binnen weniger Wochen Frankreich, 1941 besetzte sie Jugoslawien und Griechenland. Zum Verhängnis wurde den Deutschen erst der Angriff auf die Sowjetunion, den das Großdeutsche Reich am 22. Juni 1941 ohne Not und ohne Kriegserklärung eröffnete. Erst jetzt Vorabfassung begann Hitlers Stern zu sinken. Erst in der Roten Armee traf die Wehrmacht auf einen am Ende überlegenen Gegner. Erst in der Unendlichkeit des sowjetischen Kriegsschauplatzes kam es zur militärischen Wende“ (www.zeit.de/zeitgeschichte/2011/02/Kriegsverlauf).

Mit mehr als 26 Millionen Toten hatte die Sowjetunion die meisten Toten, zwei Drittel davon waren Zivilisten. Einige russische Experten gehen aber von noch höheren Opferzahlen aus (<http://de.euronews.com/2015/05/04/wie-der-zweite-weltkrieg-russland-gepragt-hat/>). Von den etwa 5,7 Millionen Rotarmisten überlebten 3,3 Millionen die deutsche Gefangenschaft nicht (www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612). 1 710 Städte, 70 000 Dörfer, 32 000 Fabriken, 2 766 Kirchen und Klöster, 4 000 Bibliotheken und 427 Museen wurden von den deutschen Besatzern zerstört. Im Zuge des Überfalls gab es Massaker wie das bei Babi Jar, bei dem am 29. und 30. September 1941 in mörderischer Zusammenarbeit von Wehrmacht und SS über 33 000 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Kiew in eine Schlucht getrieben und ermordet wurden. Auch als „Zigeuner“ verfolgte Menschen und sowjetische Kriegsgefangene zählten zu den späteren Opfern. Insgesamt wurden nach Untersuchungen der sowjetischen Staatskommission in Babi Jar rund 100 000 Menschen ermordet (www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/massenmorde-von-babi-jar-1941.html).

Ein weiteres der eklatantesten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Krieges gegen die Bevölkerung der Sowjetunion war die Blockade von Leningrad. Drei Jahre lang, vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, belagerte die Wehrmacht Leningrad; im September 1941 schlossen Wehrmacht und Waffen-SS einen Ring um die Stadt, woraufhin fast keine Lebensmittel mehr hineingelangten. In den Jahren der Blockade starben nach Schätzungen über 1 Million Menschen (www.taz.de/!5236406/).

An die deutsche Invasion am 22. Juni 1941 erinnern Russland und andere frühere Sowjetrepubliken mit Schweigeminuten und Gedenkveranstaltungen. In vielen Städten versammeln sich Menschen mit Kerzen auf öffentlichen Plätzen.

1.

Teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, dass der Überfall auf die Sowjetunion ein Angriffskrieg war, den Nazideutschland „ohne jede Not eröffnet“ und von „vornherein als rassenideologischen Vernichtungskrieg“ konzipiert hatte, wobei „die Initiative zu diesem Krieg allein von Deutschland ausging“ (www.chbeck.de/fachbuch/zusatzinfos/Leseprobe_Unternehmen-Barbarossa.pdf)?

Nach Einschätzung der Bundesregierung handelte es sich bei dem Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 um einen unprovokierten Angriffskrieg des „Dritten Reiches“. Im Übrigen ist es nicht Aufgabe der Bundesregierung, rechts- oder geschichtswissenschaftliche Auffassungen zu kommentieren.

2.

Welche Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führt die Bundesregierung im Inland im Jahr 2016 in Eigenregie durch (bitte entsprechend nach Ressort, Veranstaltung, Ort und finanzielle Kosten einschließlich der Haushaltstitel, aus denen die Kosten gedeckt werden, auflisten)?

a)

An welchen Veranstaltungen wird die Bundeskanzlerin teilnehmen?

b)

Welche Bundesministerinnen und -minister werden an den entsprechenden Gedenkveranstaltungen teilnehmen?

c)

An welchen Veranstaltungen wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundespräsident teilnehmen?

Die Fragen 2 bis 2c werden zusammengefasst beantwortet. Es entspricht dem Verständnis der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, dass die Bundesregierung die Aufarbeitung von Geschichte sowie entsprechende Gedenkveranstaltungen nicht in Eigenregie durchführt, sondern deren Konzeption und Durchführung den fachkundigen (insbesondere bundesunmittelbaren) Einrichtungen der politischen, historischen und kulturellen Bildung überlässt, um ein wissenschaftlich fundiertes und gesellschaftlich verankertes Erinnerungswesen zu fördern. Weder im Inland noch im Ausland richtet die Bundesregierung entsprechende Gedenkveranstaltungen in Eigenregie aus. Damit wird die Frage nach einer Teilnahme von Regierungsvertretern hinfällig. Bezüglich einer Förderung durch die Bundesregierung von Veranstaltungen beziehungsweise Einrichtungen, die Veranstaltungen ausrichten, wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

3.

Welche Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führt die Bundesregierung im Ausland im Jahr 2016 in Eigenregie durch (bitte entsprechend nach Ressort, Veranstaltung, Ort und finanzielle Kosten einschließlich der Haushaltstitel, aus denen die Kosten gedeckt werden, auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

a)

An welchen Veranstaltungen wird die Bundeskanzlerin teilnehmen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

b)

Welche Bundesministerinnen und -minister werden an den entsprechenden Gedenkveranstaltungen teilnehmen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

c)

An welchen Veranstaltungen wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundespräsident teilnehmen?

Aktuell gibt es keine Planungen des Bundespräsidenten, an nationalen oder internationalen Veranstaltungen zum Gedenken an das Ereignis „75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion“ teilzunehmen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4.

In welcher Höhe stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel für eigene Veranstaltungen im Rahmen des Gedenkens an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zur Verfügung (bitte entsprechend nach In- und Ausland getrennt angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

5.

Inwieweit wird es nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Gedenkens anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion spezielle Veranstaltungen zu diesem Thema in Liegenschaften der und durch die Bundeswehr geben (bitte mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt, Art der Unterstützung sowie der bereitgestellten finanziellen Mittel aufführen)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind folgende Veranstaltungen geplant:

15. Juni 2016 – Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam; Vortrag zum Thema: „Friedrich Paulus. Das Unternehmen Barbarossa und der Mythos vom Präventivkrieg“; beantragte Mittel 420 Euro. (Der Vortrag wird im Rahmen der regelmäßigen Quartalsvorträge des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam angeboten.)

6. Juni 2016 – Militärgeschichtliches Museum der Bundeswehr in Dresden; Vortrag von Jens Wehner, Historiker und Kurator am Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr zum Thema: „Vor 75 Jahren: Barbarossa – Die vergessenen Panzerschlachten“; beantragte Mittel 1 953 Euro.

6.

Welche Organisationen (Nichtregierungsorganisationen, staatliche Institutionen, Museen etc.) fördert die Bundesregierung bezüglich welcher Veranstaltungen mit finanziellen Mitteln für das Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 (bitte entsprechend nach Datum, Organisation und finanziellen Mitteln auflisten)?

Zahlreiche, von der Bundesregierung geförderte Einrichtungen der historischen, politischen und kulturellen Bildung führen Veranstaltungen und Ausstellungen zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion durch. Zu nennen ist hier insbesondere die Tafelausstellung der Ständigen Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

1941–1945“ aus Anlass des 75. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, die vom Bundesministerium für Kultur und Medien (BKM) mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 48 000 Euro finanziert und am 21. Juni 2016 durch Frau Staatsministerin Prof. Grütters eröffnet wird. Exemplarisch seien auch folgende Ausstellungen genannt.

Ausstellung der Stiftungen Topographie des Terrors und Denkmal für die ermordeten Juden Europas „Erobern und Vernichten. Massenerschießungen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer 1941-1945“,

Ausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst „Kriegsgefangene Rotarmistinnen im KZ. Sowjetische Militärmedizinerinnen in Ravensbrück“,

Ausstellung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst „Juni-Briefe. Ungelesene Feldpost aus Kamenez-Podolsk vom Juni 1941“,

Sonderausstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen zum 75. Jahrestag der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen

Gedenkveranstaltung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst (Ort: Deutsches Historisches Museum) in Kooperation unter anderem mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Die für die Veranstaltungen der bundesgeförderten Einrichtungen verwandten Mittel sind hier – mit Ausnahme der oben genannten Mittel für die Tafelausstellung „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–1945“ – nicht im Einzelnen bekannt, da diese grundsätzlich aus dem laufenden Haushalt der Einrichtungen sowie gegebenenfalls mit zusätzlichen Fördermitteln von Seiten Dritter bestritten werden.

Das Auswärtige Amt fördert eine Gedenkveranstaltung der Nichtregierungsorganisation „Kontakty-Kontakte“ am 22. Juni 2016 am Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten mit 10 000 Euro.

7.

Wie viele Mittel stellen nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesländer dem Gedenken anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion zur Verfügung (bitte entsprechend der Bundesländer auflisten)?

Über Aktivitäten der Bundesländer im Kontext dieser Anfrage liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8.

Inwiefern ist das Bundesministerium der Verteidigung in die Erinnerungsarbeit zum Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eingebunden?

Das Bundesministerium der Verteidigung ist insofern in die Erinnerungsarbeit eingebunden, als das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (und vormals das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr) seit seiner Gründung wesentliche Grundlagenforschung zum

Zeitalter der Weltkriege im Allgemeinen und damit zum Zweiten Weltkrieg im Besonderen leistet und das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden die deutsche Militärgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart im historischen Gesamtzusammenhang darstellt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9.

Welche Publikationen planen Dienststellen des Bundesministeriums der Verteidigung anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941?

Es sind keine Publikationen geplant.

10.

Wie hoch sind die Mittel der Bundeszentrale für Politische Bildung, die anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eingesetzt werden sollen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) behandelt das Thema im breiteren Kontext ihrer Angebote zum Nationalsozialismus sowie zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und zur Sowjetunion. Spezifische Veranstaltungen zum Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sind nicht geplant.

11.

Wie ist die inhaltliche Ausrichtung dieser Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung geplant?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

12.

Welche Veranstaltungen werden durch die Bundeszentrale für politische Bildung zu diesem Themenbereich durchgeführt?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

13.

Werden im Rahmen dieser Veranstaltungen auch friedenspolitische und antimilitaristische Organisationen in den Veranstaltungen beteiligt, und wenn ja, welche?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

14.

Welche internationalen Gedenkveranstaltungen sind der Bundesregierung bekannt (z. B. in Russland)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über geplante internationale Gedenkveranstaltungen, auch nicht der Regierung der Russischen Föderation vor.

15.

Gibt es internationale Gedenkveranstaltungen, an denen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung teilnehmen, und wenn ja, welche sind das, und wer nimmt seitens der Bundesregierung teil?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen

Frieden mit Russland - Verständigung in Europa - Nein zu Faschismus und Krieg

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE
am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg

Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. 153 Divisionen der Wehrmacht mit 3 Millionen Soldaten fielen über das Land her. Hinzu kamen Soldaten der mit Hitler-Deutschland verbundenen Staaten Rumänien, Ungarn, Finnland, Slowakei und Italien. Knapp vier Jahre kämpfte die Rote Armee gemeinsam mit den anderen Alliierten und dem antifaschistischen Widerstand in ganz Europa gegen diese Barbarei. Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus. 27 Millionen Sowjetbürger wurden Opfer des Vernichtungskrieges. 14 Millionen Zivilisten, darunter 2 Millionen sowjetische Juden, überlebten die faschistische Barbarei ebenso wenig, wie 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene. 8 von 10 in Sowjetrußland am Ende des 1. Weltkrieges geborene Männer wurden Opfer des Krieges. Allein die Blockade von Leningrad kostete über 1 Million Menschen das Leben. In Belarus wurden 628 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner bestialisch ermordet. Die Wehrmacht hinterließ 2 Millionen Quadratkilometer verbrannte Erde.

So monströs diese Zahlen sind, bleiben sie doch fast hilflos gegenüber dem unfassbaren Leid, das der rassistische Vernichtungskrieg verursacht hat. Unterstützt und mit geplant war er von den Größen der deutschen Industrie und der Banken, die die Machtübernahme der Faschisten gefördert und von ihr profitiert haben. Sie haben Hitler finanziert und seine Propaganda verbreitet, die Kriegsgefangenen haben sie als Sklaven gehalten und ausgebeutet, sie haben die Waffen an die Ostfront geliefert und die Säрге gleich mit. Sie wussten, was sie taten und sie kannten die Methoden der Kriegsführung.

Im "Hungerplan" des faschistischen Deutschlands und im Generalplan Ost wurde der Hungertod von Millionen Menschen einkalkuliert. Der Politik der verbrannten Erde fielen 6 Millionen Gebäude zum Opfer; 25 Millionen Menschen wurden obdachlos. 31.850 Betriebe, in denen 4 Millionen Beschäftigte einen Arbeitsplatz hatten und 98.000 Kolchosen wurden gänzlich oder teilweise zerstört, ebenso ungezählte Schulen, Lehranstalten und Kultureinrichtungen.

Aus dieser finstersten Zeit deutscher Verbrechen in Europa gibt es nur eine Lehre:

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg.

Die Beziehungen zu Russland müssen dringend wieder verbessert werden

Über geschichtliche Verantwortung und die Notwendigkeit, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern, muss heute geredet und nachgedacht werden. Konsequenzen aus der rapiden Verschlechterung der Beziehungen sind vonnöten. Nach Jahrzehnten des Schweigens ist endlich durchgesetzt worden, die Shoah als einzigartiges, monströses Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden anzuprangern. Das war und ist absolut notwendig und richtig. Ebenso anzuprangern ist die Vernichtung von 27 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion, von denen die meisten Russen waren. Den Respekt vor den Ermordeten, ihren Familienmitgliedern und den Überlebenden fordern wir dringend ein. Wir erwarten, dass das Trauma von Russinnen und Russen, von Bürgerinnen und Bürgern anderer ehemaliger Sowjetrepubliken angesichts der von ihnen erbrachten gewaltigen Opfer ernst genommen wird.

Schon allein der Respekt vor den Opfern erfordert gerade von Deutschland eine Politik der zivilen Kooperation mit Russland. Gute Beziehungen zu Russland sind im Interesse aller europäischen Staaten. Gemeinsame Sicherheit in Europa muss das Interesse aller Staaten auch im Osten Europas sein. Dafür sind gute Beziehungen und eine kluge Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland notwendig. Kollektive Sicherheit in ganz Europa kann auch dazu beitragen, den Konflikt um die Ukraine zu entspannen.

Stattdessen hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland einen Tiefpunkt erreicht. Ein Cordon-Sanitaire seitens der NATO um Russland sollte nicht Politik der Bundesregierung sein. Die Ausweitung der NATO durch weitere Mitgliedsländer auf dem Balkan und im Osten Europas kann vorhandene Konflikte weiter anheizen. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in Medien und in der Politik muss einer Wiederannäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen. Wir wollen endlich wieder eine gute Nachbarschaft mit Russland und kollektive Sicherheit in Europa.

Deshalb: Sechs Vorschläge für eine zivile europäische Entspannungspolitik

Erstens: Der Versuch, Russland zu isolieren, muss zugunsten eines Systems der europäischen Sicherheit aufgegeben werden. Als erster Schritt zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands muss die weitere Ausdehnung der NATO und die Stationierung von NATO-Einheiten an der russischen Westgrenze beendet werden. Die Erhöhung des Rüstungsetats der NATO-Staaten - gefordert werden 2 % des Bruttoinlandproduktes - muss gestoppt werden. Gerade jetzt, da die Kriegsgefahr durch das Agieren des westlichen Militärbündnisses gestiegen ist, muss Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen werden.

Zweitens: Dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Staaten einschließlich Russlands ist zivil Rechnung zu tragen. Dafür bieten die Schlussakte von Helsinki 1975 und die OSZE-Charta von Paris für ein neues Europa 1990 wichtige Ausgangspunkte. In diesem Sinne soll Deutschland zur Stärkung der OSZE, deren Vorsitz die Bundesrepublik 2016 übernommen hat, beitragen. Überall in Europa muss dem Rassismus und Nationalismus entgegengetreten werden. Militärische Konfrontation ist auch ein Nährboden für Nationalismus und Rassismus, in Ost und West, in Russland wie in Frankreich und auch in Deutschland. Militärische Konfrontationen liefern die Begründung für Aufrüstung und Demokratieabbau, für die Schaffung staatlicher und nichtstaatlicher Feindbilder.

Drittens: Das Völkerrecht ist neu zu beleben. Gerade sein Bruch bei der Abspaltung des Kosovo von Serbien und die Sezession der Krim mahnen nachdrücklich dazu. Für alle Staaten in Europa muss gelten: Verzicht auf Gewalt und die Androhung von Gewalt, unbedingter Respekt der politischen und territorialen Integrität der Staaten in Europa.

Viertens: Schritte zur europäischen Entspannung sollten die Autorität der Vereinten Nationen, globale Abrüstung und Gerechtigkeit wiederbeleben. Dies kann nur gelingen, wenn ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland aufgebaut wird. Das ist auch von grundlegender Bedeutung, um die Beendigung der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten und ein tatsächliches Ende des Krieges in Afghanistan zu erreichen.

Fünftens: Die Ukraine braucht Frieden, Demokratie und eine Entmachtung der Oligarchen. Der Weg dorthin muss unterstützt werden. Eine militärische Lösung der schweren Krise in der Ukraine darf es dagegen nicht geben. Das Abkommen Minsk II muss eingehalten werden. Eine darin vereinbarte Verfassungsreform, humanitäre Hilfe und die Einstellung bewaffneter Feindseligkeiten sollen von der EU in Abstimmung mit Russland politisch begleitet werden. Die Ukraine soll weder der Europäischen Union noch der NATO beitreten bzw. in diese Organisationen aufgenommen werden. Nationalistische Organisationen, einschließlich sogenannter Freiwilligenbataillone sind zu verbieten und zu entwaffnen. Neofaschistische Propaganda und die Gewalt gegen Andersdenkende müssen eingestellt werden. Zum Verfassungsprozess gehört auch die Stärkung föderativer Staatselemente.

Sechstens: Die sinnvolle europäische Alternative ist ein grundlegender Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Entspannung und Frieden, von Ausbau und Vertiefung der Demokratie, Frieden mit Russland und einer nicht gewaltsamen Lösung der Ukraine-Krise. Alle politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind aufzuheben. Dafür sollte Deutschland in der EU die Initiative ergreifen. Sonst besteht die Gefahr eines großen Krieges in Europa, einer militärischen Konfrontation NATO/USA gegen Russland. Diese Gefahr muss erkannt und ihr

muss entschieden entgegengetreten werden. Eine europäische Friedensbewegung ist heute dringend nötig. Eine neue Konferenz für Sicherheit und Entspannung - "Helsinki plus 40" - muss in Angriff genommen werden. Diese Staatenkonferenz soll durch zivilgesellschaftliche Akteure, Friedensbewegungen, antifaschistische Organisationen und ökologische und soziale Initiativen begleitet und vorangetrieben werden. Dies zu befördern ist Aufgabe einer neuen deutschen und europäischen Ostpolitik.

07.06.2016 – Andrej Hunko

Militär-Manöver Anakonda ist brandgefährlich

"Mehr als 25.000 Soldaten in Osteuropa zu aktivieren, ist brandgefährlich und Anlass zu ernster Sorge", erklärt der europapolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Andrej Hunko, zum Manöver "Anakonda" verschiedener NATO-Staaten, das heute in Polen beginnen soll. Hunko weiter:

"Ausgerechnet in dieser konfrontativen Situation und direkt vor dem NATO-Gipfel in Warschau eines der größten Militärmanöver vor der Haustür Russlands abzuhalten, ist eine völlig unnötige Provokation. Leider reiht sich diese in eine Kette der Eskalation ein, die bedrohliche Ausmaße annimmt.

Wir brauchen endlich Schritte der Deeskalation gegenüber Russland, Kooperation statt Konfrontation und Dialog statt Sanktionen. Militärische Auseinandersetzungen zwischen NATO und Russland müssen mit allen Kräften vermieden werden. Das Anakonda-Manöver ist ein gefährlicher Schritt in die falsche Richtung."



Freidenker

Deutscher Freidenker-Verband

Appell der Freidenkerinnen und Freidenker vom Verbandstag am
05. Juni 2016 in Potsdam.

Die GRH unterstützt diesen Aufruf und alle Aktivitäten und Aktionen, die sich gegen eine drohende Kriegsgefahr wenden.

Aufwachen:

Wir Freidenkerinnen und Freidenker in Deutschland erheben mit großer Sorge unsere Stimme gegen das Anwachsen der Kriegsgefahr in Europa. Wir appellieren an alle Menschen, nicht wie im Schlafwagen einem neuen großen Krieg entgegen zu rasen, sondern die Warnsignale zu sehen und die Fahrt in den Abgrund zu stoppen.

Die USA, die NATO und die EU betreiben seit 1991 eine Politik der Einkreisung, Zurückdrängung und Destabilisierung Russlands. Mit dem Putsch in der Ukraine, ständigen Manövern und dem Vorrücken der NATO direkt an die russische Westgrenze wird eine Zuspitzung der unmittelbaren Konfrontation betrieben. Das AEGIS - Raketensystem, stationiert auf vier Kriegsschiffen und landgestützt seit Juni 2016 in Rumänien sowie ab Herbst in Polen, verkürzt die Raketen-Vorwarnzeiten für Russland. Die USA wollen sich die „risikofreie“ nukleare Erstschlagfähigkeit sichern, indem ein Gegenschlag ausgeschaltet wird. Das irreführend „Raketenabwehrschild“ genannte AEGIS -System ist offensiv: Auf Knopfdruck von der US-Air Base Ramstein können die landgestützten Startvorrichtungen auch die seit 1987 verbotenen atomar bestückbaren Cruise – Mittelstreckenraketen abschießen, was eine neue Qualität der nuklearen Bedrohung nach Europa zurückbringt.

Russland bedroht kein Land in Europa und der Welt und setzt sich weltweit für kollektive Sicherheit ein. Es tut dies aus eigenem nationalem Interesse an der Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand, die durch Milliarden für ein neues Wettrüsten gebremst wird. Die Aufrüstung und der neue Aufmarsch der NATO bedrohen die staatliche Existenz Russlands. Da es davor weder die Augen verschließen noch zurückweichen kann, hat Präsident Putin in aller Verantwortung klar gemacht, alle notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Gegen die massive Kriegsbedrohung aufstehen!

Russland ist bereit und fähig, sich zu verteidigen und jeden Aggressor vernichtend zu schlagen. Russland könnte sich im Kriegsfall gezwungen sehen, seine Vernichtungsmacht frühzeitig und massiv gegen den rückwärtigen Raum des Feindes einzusetzen. Deutschland und Europa würden binnen Stunden zur atomaren Wüste werden.

Auch ein Krieg aus „Versehen“, aus menschlichem oder technischem Versagen, kann in wenigen Minuten zum Inferno führen, und wird mit jedem Aufrüstungsschritt wahrscheinlicher. Das heißt: Heute spielen die USA, NATO und EU untermaßgeblicher Beteiligung Deutschlands mit der Möglichkeit der automatisierten Selbstvernichtung.

Menschen Europas: Erhebt Euch gegen diese lebensgefährliche Politik!

Bürgerinnen und Bürger Deutschlands: Zwingt die Bundesregierung, ihre Kriegspolitik zu beenden!
Alle Menschen gemeinsam –ob Sozialisten, Konservative oder Parteilose, ob gläubig oder nicht religiös, Lohnabhängige oder Unternehmer, Gewerkschafter, unorganisiert oder sozial Ausgegrenzte - sagt unmissverständlich: Frieden und Kooperation mit Russland statt weiter in den

3. Weltkrieg!

Abgeordnete aller Ebenen, die Ihr Euch noch als Volksvertreter fühlt: Widersetzt Euch der Logik der Konfrontation!

Friedenskräfte und Friedensorganisationen in Deutschland - ruft mit einer Stimme: Schluss mit der Kriegshetze und dem aggressiven NATO – Aufmarsch in Europa gegen Russland!

ALLE vereint: Wir wollen ohne militärische Bedrohung leben!

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

Konto der Berliner Volksbank IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC: BEVODEBB